

England möchte Weltfriedensrichter sein

Unmaßende und heuchlerische Rundfunkansprache von Halifax

In einer Rundfunkansprache stellte Lord Halifax wieder einmal das abgefeimte Spiel eines vor der Bühne der Weltöffentlichkeit von Menschliche überfließenden und vor den Prinzipien der Demokratie sich mehr als einmal verborgenden, aber in Wirklichkeit auf Raubzug ausgehenden politischen Intrigantentum zur Schau.

Mit einem in seiner abgefeimten Heuchelei nur allzu durchsichtigen Entlastungsmanöver begründete er den Krieg gegen das Reich mit den allmählich einschläfernd wirkenden Propagandapropaganden von der „brutalen Gewalt“, dem Wortbruch, der Bedrückung, der Verfolgung, die er Deutschland zur Last legte, und der Verteidigung der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts, für die England zu den Waffen gegriffen habe.

Er sprach im Tonfall des europäischen Polizisten, als er England als „Schiedsrichter unter den Nationen“ bezeichnete, das gegen die Verletzung geheiligter Verträge und gegen die Mißachtung des gegebenen Wortes kämpfe.

Der edle Lord, dem aus seiner Amtstätigkeit als Vizekönig in Indien die grausame britische Brutalität

und die Blutspuren nicht unbekannt sein dürften, mit denen die Geschichte des Empires besetzt ist, fahelte von elementaren Menschenrechten und der Toleranz in den Beziehungen von Mensch zu Mensch. Es machte dem britischen Außenminister keine moralischen Schwierigkeiten, mit einer skrupellosen Heuchelei „von der grausamen Verfolgung von Ideen und Personen durch die ruchlosen Führer in Deutschland“ zu sprechen und im gleichen Atemzug mit der Miene des Biedermanns festzustellen, daß „die Engländer am wenigsten geneigt seien, sich in die Angelegenheiten anderer Völker einzumischen“.

Wir können es nur als Zeichen eines heruntergekommenen Hochmutes werten, wenn Halifax die Vorsehung als Zeugin dafür anruft, daß England die Macht habe, „auch die Torheit zu beweisen, mit der die deutsche Regierung ihrer eigenen Vernichtung entgegengeht“.

Mit billigen Großmut sprach Halifax von „Revisionen in einer fortschreitenden, sich ändernden Welt“ und zeichnete in nebelhaften Umrissen eine „neue Welt“ englischen Musters ab, die auf alle Völker eine besondere „Anziehungskraft“ ausüben dürfte, die unter Versailles und seinen Folgen zwanzig Jahre lang zu leiden hatten.

Die Dominions sollen zahlen

Rücksichtslose Ausnutzung durch die Londoner Kriegsbeher

Die in London gegenwärtig stattfindenden Besprechungen von Vertretern der Dominions mit der britischen Regierung scheinen überwiegend den Fragen einer wirtschaftlichen Unterstützung des Mutterlandes zu dienen. Es ist bekannt, daß die Londoner Stellen auf die Dominions große Hoffnungen als Lieferanten von Kriegsmaterial und Lebensmitteln setzen.

Zu allen Zeiten hat es England verstanden, die Hauptlasten seiner Kriege auf andere Staaten abzuwälzen, und auch jetzt geht sein Streben wieder in gleicher Richtung. Es ist inoffiziell, daß in diesem Zusammenhang die kanadische Zeitung „Financial Post“ hervorhob, daß Kanada neben den Lieferungen an Kriegsmaterial und Lebensmitteln noch eine weitere Verantwortung zu tragen habe, denn es werde die Rolle eines Bankiers für einen nicht unbedeutenden Teil der englischen Kasse übernehmen müssen, indem die kanadische Regierung England große Kredite einräume. Das Ausmaß derartiger Kredite könne niemand voraussagen, da es bei einer solchen Berechnung zu viele unbekannte Faktoren gebe.

Kredite, die nie zurückgezahlt werden

Aus einer derartigen Äußerung, die sich auch in Londoner Zeitungen fand, ist eindeutig erkennbar, daß die katastrophale Abwertung des englischen Pfundes in ihren Auswirkungen sehr weit geht und offenbar die britische Kriegsführung ernstlich gefährdet. Kanada und naturgemäß auch die anderen

Dominions sollen nun an diesem Gefahrenpunkt einspringen. Zweifellos spielt dabei auch noch der Gedanke mit, auf diese Weise die britischen Auslandsanlagen wenigstens teilweise vor der Mobilisierung retten zu können.

Die Dominions sollen zahlen, damit Englands finanzielle Stellung in der Welt noch einigermaßen gehalten werden kann. Es kann als ganz sicher angesehen werden, daß die Dominions dadurch in die gleiche Lage kommen, wie die Vereinigten Staaten, die bekanntlich im Weltkrieg die großen Kreditgeber Englands waren und noch heute auf die Rückzahlung warten.

Überdies kann nicht unbeachtet bleiben, daß die Dominions neben solchen direkten Krediten umfangreiche indirekte Zahlungen für Englands Krieg zu leisten haben. Es sind dies einmal ihre eigenen finanziellen Verluste durch den Rückgang ihres Außenhandels, und man hat bereits in Südafrika und anderen Gebieten genügend Klagen in dieser Richtung vernommen. Sogar kommt die überall eingetretene Steuer- und die Notwendigkeit der Schaffung erhöhter Staatseinnahmen durch Steigerung der Steuererträge und Abgaben aller Art. Mehr als jemals bisher in der Geschichte des britischen Empires werden die Dominions an den Lasten des von England geführten Krieges mitzutragen haben.

Wirkliche Neutralität!

Schon zu Beginn des Konfliktes hat die Reichsregierung darauf aufmerksam gemacht, daß es die Pflicht der Neutralen ist, sich gegen jene Drohungen zur Wehr zu setzen, die darauf hinausgehen, die wirkliche Neutralität der kleinen Staaten in eine Scheinneutralität zu verwandeln. Es war von vornherein zu erkennen, daß die Engländer genau dieselben Mittel, genau dieselben Bedrückungen anwenden würden, wie das im Weltkrieg der Fall war. Heute aber sind die Verhältnisse von jenen des Weltkrieges grundsätzlich verschieden. Wenn in den Jahren 1914 bis 1918 neutrale Länder erklärten, daß sie sich dem Druck der englischen Blockade nicht widersetzen könnten, so mochte das in jener Zeit noch hingehen, weil nämlich der Konflikt über einen europäischen Konflikt weit hinausgewachsen war und die Neutralität einen gewissen Selbsterhaltungswert hatte, da es ja nur Freunde und Segner gab. Diesmal aber besteht lediglich ein europäischer Konflikt, und die Haltung der Neutralen hat vielmehr Aussicht auf Erfolg sich durchzusetzen, besonders wenn man bedenkt, daß zwei Großmächte, Italien und Rußland, sich von dieser Auseinandersetzung ferngehalten haben und durchaus willens sind in der Lage sind, die Rechte der neutralen Länder zu vertreten. Auch die Neutralen haben ja das Mittel des Zusammenschlusses, und es ist keineswegs so, daß England gegenüber einem vereinigten neutralen Druck standhalten würde. Statt dessen aber erleben wir, daß, wie in Holland, papierne Proteste losgelassen werden, denen aber die Tat nicht folgt. Um solche Proteste kümmern sich die Engländer wenig, vor allem dann nicht, wenn sie wissen, daß gewisse Neutrale sich gar zu leicht vergewaltigen lassen. Das ist aber für die Neutralen ein sehr gefährliches Unterfangen. Denn nur eine wirkliche Neutralität ist ein Mittel, um diesen Konflikt so bald wie möglich und mit Erfolg auch für die Neutralen zu beenden. Das muß man in den neutralen Staaten wissen, daß eine Scheinneutralität den Krieg fortzuführen läßt und daß eine solche Neutralität genau nach dem Willen der englischen Kriegsbeher und Kriegsverfänger gewertet werden muß. Für die Entwicklung Europas wird es mit von entscheidender Bedeutung sein, ob einige Staaten, die jetzt im Kampf zwischen einer Scheinneutralität und einer wirklichen Neutralität stehen, diesen Kampf zugunsten der wirklichen Neutralität beenden. In diesem Zusammenhang verdient auch die Rede des Vorsitzenden des Rates der Volkskommissare Beachtung. In dieser Rede machte Molotow den beäugstigten Politikern in London und Paris klar, daß die Wirtschaftskrise ihrer Länder sie in den Krieg und in immer neue Abenteuer geführt hat. Gleichzeitig hat Molotow aber auch einige bemerkenswerte Worte an die Neutralen gerichtet und dabei vor einer Politik gewarnt, der die Neutralität nur eine Maske ist.

Ein holländisch-belgischer Schritt

Der König der Belgier und die Königin der Niederlande haben bei ihrer bereits gemeldeten Zusammenkunft in Haag beschlossen, ein Telegramm an die Staatsoberhäupter von England, Frankreich und Deutschland zu richten, um, wie in einer Verlautbarung des niederländischen Regierungspressebüros betont wird, gegebenenfalls Friedensmöglichkeiten zu ermitteln.

In dem Kommunikat heißt es: „In einer für die ganze Welt schicksalsschweren Stunde, bevor der Krieg in Westeuropa in seiner ganzen Gewalt beginnt, haben wir die Überzeugung, daß es unsere Pflicht ist, unsere Stimme abermals zu erheben. Schon vor einiger Zeit haben die kriegsführenden Parteien erklärt, daß sie nicht abgeneigt wären, redliche und sichere Grundlagen für einen gerechten Frieden zu untersuchen. Wir haben den Eindruck, daß es ihnen unter den gegenwärtigen Umständen schwer fällt, Fühlung zu nehmen zur genaueren Darstellung und zur Annäherung ihrer Standpunkte.“

Als Souveräne zweier neutraler Staaten, die mit allen ihren Nachbarn gute Beziehungen pflegen, sind wir bereit, ihnen unsere guten Dienste anzubieten. Falls es ihnen genehm wäre, sind wir gewillt, ihnen mit allen zu unserer Verfügung stehenden Mitteln, die es ihnen beliebt, uns anzubieten, und in der Hoffnung freundschaftlichen Verständnisses die Vermittlung von Beiträgen für eine zu erreichende Übereinstimmung zu erleichtern. Das ist unseres Erachtens die Aufgabe, die wir für das Wohlergehen unserer Völker und im Interesse der ganzen Welt zu erfüllen haben. Wir hoffen, daß unser Angebot angenommen werden wird und daß damit der erste Schritt getan wird zur Wiederherstellung eines dauerhaften Friedens.“

Englands Schuljugend verwildert

Der katastrophale Mißerfolg der englischen Evakuierung. Die schwedische Zeitung „Svenska Dagbladet“ befaßt sich mit den katastrophalen Zuständen, die die englische Evakuierung in zahlreichen Großstädten zur Folge hatte.

Es muß festgestellt werden, daß die Evakuierung Englands größte und folgenschwerste soziale Frage darstellt. Der „Manchester Guardian“, der mehr als andere Zeitungen diesem Problem seine Aufmerksamkeit widmete, erklärte vor einigen Tagen rühmnd, daß die Evakuierung mißglückt sei. So sind zum Beispiel weder die Gäfte (als Evakuierte) noch deren Wirte zufrieden. Die Wirte sind in vielen Fällen verzweifelt über die Gäfte, die sie einquartiert bekamen.

Ohne jede Hygiene

Aber noch mehr Sorge macht ein Teil der Kinder. Daß der Mangel an Erziehung und Kinderkürbe, ja, das Fehlen jedes Begriffes von persönlicher und allgemeiner Hygiene und Keuschheit so verbreitet unter der Bevölkerung der englischen Großstädte ist, wirkte wie ein richtiger Schock. Besonders schlimm ist, daß ein Teil dieser Kinder, der in schmutzigen, sauberen Haushaltungen einquartiert wurde, von Läuse und anderem Ungeziefer starb. Es ist nämlich vorgekommen, daß die Kinder so ungeschützt und verwildert waren, daß sie, wie es in einem Bericht heißt, weniger gute Begriffe über anständiges Betragen innerhalb des Hauses hatten als die Haustiere.

Die Folge dieser Verhältnisse ist, daß die Evakuierten massenweise in die Städte zurückgereist sind. Das gilt besonders von Müttern mit kleinen Kindern. Auch Zehntausende von Schulkindern sind von ihren Eltern heimgeholt worden.

Katastrophal wirkt sich ferner der vollständige Zusammenbruch aus, der den Schulunterricht betroffen hat. 750 000 Schulkinder haben praktisch keinen Schulunterricht. Wenn dies so weitergeht und der Krieg, wie die Regierung meint, drei oder mehr Jahre dauern soll, würde die Schulbildung der heranwachsenden Generation einfach katastrophal sein.

„Als wenn die Pest im Lande rase“

Da die Schulen geschlossen sind, treiben sich die Kinder auf der Straße herum, ohne jede Überwachung und Aufsicht und ohne jede Gelegenheit, etwas Nützliches zu lernen. Dagegen haben sie alle Möglichkeiten, völlig zu verwildern. Wenn ein Bombardement stattfinden sollte, befänden sie sich an den am meisten gefährdeten Orten und wären nicht nur bedroht, sondern sie würden auch Erlebnissen ausgesetzt sein, die man am liebsten dem kindlichen Sinn ersparen möchte.

Deutschlands Sieg ist sicher

Queipo de Llano: Das Deutsche Reich für alle Möglichkeiten gerüstet.

Der spanische General Queipo de Llano, der gegenwärtig in Italien weilt, äußerte sich einem Pressevertreter gegenüber über den europäischen Konflikt. General Queipo de Llano, der engste Mitarbeiter Franco's, der das neue Deutschland aus eigener Anschauung kennt, sagte seine persönliche Ansicht dahin zusammen, daß der Sieg Deutschlands sicher und unabhängig von der Kriegsdauer sei. Das Deutsche Reich sei wirtschaftlich und militärisch für alle Möglichkeiten gerüstet. Die deutsche Luftwaffe sei doppelt so stark wie die Englands und Frankreichs zusammen, was die Gegner schon in kürzester Zeit zu spüren bekommen würden. Deutschland habe auch genügend Vorräte. Der Paß mit Rußland, als den größten Rohstoffproduzenten, eröffne überdies ungeahnte Perspektiven.

Der Krieg werde nicht, so sagte der General weiter, aus ideologischen Gründen geführt, sondern um die Entscheidung, ob England weiter — wie in den letzten zweieinhalb Jahrhunderten — die Welt beherrschen könne.

Willkürakte und Fehler

„Herr Wirrwarr“ registriert in England.

Die Londoner Zeitungen führen erneut Klage darüber, daß seit dem Kriegsausbruch in England alles durcheinandergeraten ist. So haben nach der „News Chronicle“ allein in London 2000 Krankenschwestern ihre Arbeit verloren. Der „Daily Herald“ spricht von „meisterhaften Fähigkeiten des Herrn Wirrwarr“, der es fertiggebracht habe, die gesamte medizinische Betreuung in eine schwere Krise zu bringen. Die Hospitäler seien leer, die Patienten seien in ihre Wohnungen gebracht worden, wo sie kaum ärztlichen Beistand hätten. Der größte Teil der Ärzte wäre eingesetzt und habe nun nichts zu tun, während das Land an Ärztemangel leidet. Für alle Beamten in den Gesundheitsämtern sei die Möglichkeit von Epidemien jetzt schon geradezu ein Schreckgespenst geworden. Nach der „News Chronicle“ gab es am Sonnabend in der Grafschaft Cumberland, obwohl sie selbst Milch und Butter produziert, nur ganz geringe Vorräte und später gar nichts mehr, so daß die Geschäfte vor dem Ansturm der Käufer einfach die Türen verriegelten. Derselbe Zeitung berichtet über einen erheiternenden Vorfall bei der britischen Rundfunkgesellschaft. Bei Ausbruch des Krieges habe man 400 Angestellte des Rundfunks in ein kleines Dorf weit auf dem Lande gebracht. Die Verdunkelung, Verkehrsverhältnisse und schließlich auch die Wetterverhältnisse in diesem weit entfernten und völlig isolierten kleinen Dorf hätten es jedoch mit sich gebracht, daß diese 400 Angestellten des Rundfunks jetzt noch einmal „evakuiert“ würden, um von einem anderen Platz aus zu wirken.

In Ergänzung dieser englischen Pressestimmen berichten belgische Zeitungen, daß die englische Dummheit keine Gelegenheit vorübergehen läßt, um die Willkürakte und Fehler der Behörden anzulagen. Insbesondere werde das sogenannte Informationsministerium angegriffen, dessen Aufgabe anscheinend darin bestehe, die Informationen zurückzuhalten. Beinahe jede Behörde, die mit der Organisation des Krieges zu tun habe, habe tatsächlich ihre Aufgabe falsch angefaßt. So sei der Kohlenverbrauch auf 25 v. H. beschränkt worden, obwohl es andererseits Hunderttausende von arbeitslosen Bergarbeitern

gebe, verdursten und wunden habe auch die Sperrung der Geschäfte bei Sonnenuntergang hervorgerufen, weil dadurch viele Leute jede Gelegenheit zum Einkauf verloren hätten. Als bezeichnendes Beispiel für den Wirrwarr in England wird erwähnt, daß Schiffe, die mit kostbaren Lebensmitteln beladen waren, wieder samt der Ladung über den Ocean zurückkehren mußten, da die Genehmigungen zum Löschen der Schiffe bei der Post verlorengegangen (!) waren.

„Verbrecherische Torheit und Kurzsichtigkeit“

Der stellvertretende Leiter der Labour-Partei, Greenwood, meint im „Daily Herald“, es sei unmöglich, die Stimmung der Bevölkerung zu halten, solange offensichtliche soziale Ungerechtigkeiten noch Platz greifen dürfen. Da sei zum Beispiel die Frage der Alterspensionen. Bisher habe die Regierung gegenüber der traurigen Lage dieser Pensionäre nichts weiter getan als zu versprechen, die „Nachprüfungen fortzusetzen“.

Außerdem habe man zugelassen, daß das junge Leben der Nation vergeudet werde. Es sei zwar richtig, daß die Erziehung in Kriegszuständen Schwierigkeiten biete. Aber es sei offensichtlich eine verbrecherische Torheit und Kurzsichtigkeit, die Schulen zu schließen. England dürfe Unterlassungen gegenüber nicht blind sein.

Lockerung der Bewertungsperre für Liegenchaften

Durch Verordnung des Ministerrats für die Reichsverteidigung vom 31. Oktober 1939 ist die bisher auf Grund der Verordnung vom 1. September 1939 bestehende Bewertungsperre für Liegenchaften und bewegliche Sachen in weitem Umfang gelockert worden. Auf Antrag des Grundbesitzgeheimen, des Schuldenbesitzer oder des Gläubigers können die bisher einstellenden Versteigerungsverfahren nun auf Grund der allgemeinen Vorschriften fortgesetzt werden; nur auf besonderen Antrag kann das Vollstreckungsgericht weiterhin das Verfahren einstellend einstellen lassen, wenn dies im Interesse eines Beteiligten geboten erscheint.

Die Verwertung beweglicher Sachen ist nunmehr wieder uneingeschränkt zulässig, soweit nicht die allgemeinen Vollstreckungsvorschriften eingreifen. Insbesondere ist sichergestellt, daß in Fällen, in denen wie zum Beispiel bei land- und wechswirtschaftlichen Erzeugungsbetrieben und bei zum Wehrdienst Einberufenen eine besondere Schutzbedürftigkeit besteht, auch nach dem gelockerten Vollstreckungsrecht eine ausreichende Sicherheit gegen unbillige Vollstreckungen gegeben ist. Hervorzuheben ist aus dem Inhalt der Verordnung, daß nunmehr der allgemeine Vollstreckungsschutz auch für die Verwertung von Sachen gilt, die auf Grund gesetzlicher oder vertraglicher Pflichten mit Beschlagnahme belegt worden sind.

Fahrpreisermäßigung zum Besuch Verwundeter

Die Deutsche Reichsbahn gewährt ab 15. November folgenden Angehörigen deutscher Teilnehmer am gegenwärtigen Krieg eine Fahrpreisermäßigung von 50 v. H. zum Besuch der in ärztlicher Pflege befindlichen Verwundeten oder Kranken und zur Teilnahme an der außerhalb des Heimortes stattfindenden Verdigung von verstorbenen deutschen Teilnehmern am gegenwärtigen Kriege: a) den Eltern, Ehegatten, Kindern, Geschwistern und Verlobten, auch Stiefeltern oder -kindern und Adoptiveltern oder -kindern; b) Großeltern, Enkelkindern, Schwieger- und Pflegeeltern sowie Geschwistern der Ehefrau des Kriegsteilnehmers. Angehörige unter b) erhalten die Fahrpreisermäßigung nur, wenn sie die unter a) genannten nächsten Angehörigen vertreten, weil diese nicht mehr leben oder aus besonderen Gründen nicht reisefähig sind. Die Entfernung für die einfache Fahrt muß mindestens 50 Kilometer betragen. Bei Benutzung zuschlagpflichtiger Züge sind die vollen Zuschläge zu zahlen. Minderbemittelte, die nicht in der Lage sind, das ermäßigte Fahrgeld zu zahlen, können von den NSB-Dienststellen Gutscheine erhalten, gegen deren Vorlage am Fahrkartenschalter das Fahrgeld gestundet wird. Die erforderlichen Angaben zur Inanspruchnahme der Ermäßigung sind in einem der Fahrkartenausgabe vorzulegenden Antrag von der Polizeibehörde zu besorgen.